



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

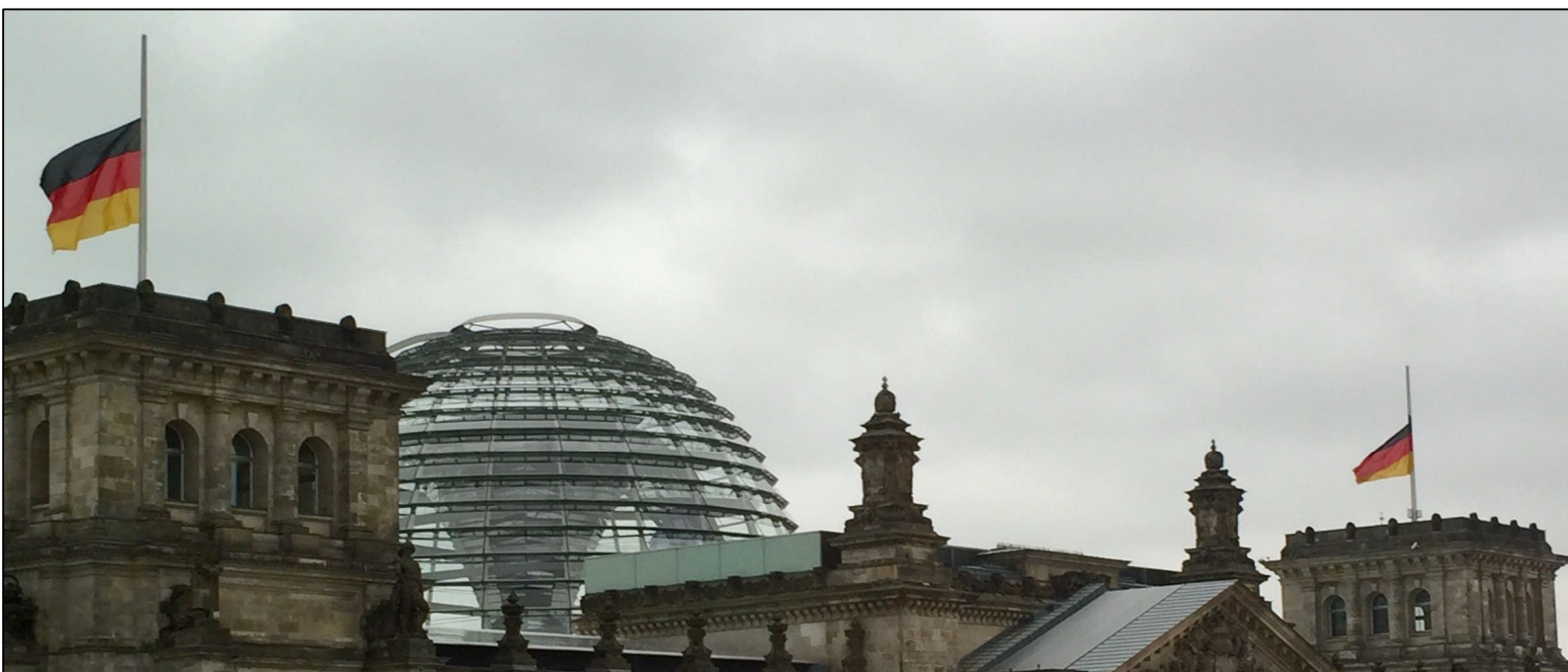
SPD



13. November 2015

Inhalt

- 1. Wir trauern um Helmut Schmidt**
- 2. Union in der Flüchtlingspolitik von der Rolle**
- 3. Industrie 4.0**
- 4. 60 Jahre Bundeswehr und 25 Jahre „Armee der Einheit“**
- 5. Ganzheitliches Verständnis von Pflege**
- 6. Aufklärung in der NSU-Mordserie geht weiter**



Wir trauern um Helmut Schmidt

Am Dienstag während der SPD-Fraktionssitzung mussten wir die traurige Nachricht erfahren. Helmut Schmidt ist gestorben. Er war einer von uns, ein Sozialdemokrat mit Herz, aber vor allem mit Verstand, einem messerscharfen noch dazu. Er war nie politisch korrekt und hat stets auch unbeliebte Entscheidungen getroffen und die Konsequenzen dafür getragen - dafür wurde er erst verbannt und später geliebt und verehrt. Er war Staatsmann, Pragmatiker, Realpolitiker, hervorragender Kanzler, ehrlich, zupackend, manchmal autoritär und hart in der Sache und für die meisten von uns ein Vorbild. Wir werden ihn vermissen.

Union in der Flüchtlingspolitik von der Rolle

Nachdem die Spitzen der Koalition erst am vergangenen Donnerstag ihren Streit über Transitzone beigelegt hatten, sorgte Innenminister de Maizière mit neuen Forderungen für ein Chaos-Wochenende. Einen Teil der Einigung, der die Aussetzung von Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz (das betrifft rund 1700 Menschen) vorsieht, wollte er auf syrische Flüchtlinge ausweiten.

Das Problem: Weder die SPD als Koalitionspartner, noch das Kanzleramt und dessen Flüchtlingskoordinator Peter Altmaier wussten von den Vorschlägen. Daraufhin musste de Maizière zurück rudern, gleichzeitig bekam er für seinen Vorschlag aber Rückendeckung von Finanzminister Schäuble und von einigen CDU-Vize-Parteichefs. Bei der SPD bleiben Fragezeichen – will die Union das Ansehen der Kanzlerin beschädigen?

Wir als Koalitionspartner erwarten, dass die in der Koalition getroffenen Vereinbarungen umgesetzt werden. Niemand kann von der SPD erwarten, dass wir im 24-Stunden-Takt zu irgendwelchen nicht durchdachten Vorschlägen Ja oder Nein sagen, Innenminister de Maizière soll lieber endlich seine „Hausaufgaben“ machen.

In der Fraktionssitzung am Dienstag stellte Thomas Oppermann klar: "Wir haben keinen Gesprächsbedarf in dieser Frage, wer angesichts einer Million unerledigter Anträge ein aufwendiges Verfahren plant, handelt wie ein Bruchpilot." Auch Sigmar Gabriel reagierte verärgert und sagte: „Es ist unglaublich, dass Verabredungen keine 24 Stunden halten.“ Das Ganze sei ein abenteuerlicher Vorgang und reine Symbolpolitik. Die Innenministerkonferenz habe vor einem Jahr auf de Maizières Initiative hin beschlossen, syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen einen Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention zu gewähren. Wenn er das ändern wolle, müsse er das mit den Innenministern der Länder klären.

Frank-Walter Steinmeier informierte darüber, dass der Familiennachzug auch nicht wesentlich sei. Er habe die Zahlen aller relevanten Botschaften vom 1.1.14 bis heute abgefragt und es seien lediglich 18.000 Visa für Familiennachzug erteilt worden.

Helfen – Ordnen - Steuern

Im Anschluss an die Grundsatzdebatte stellte Frank-Jürgen Weise, Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), seine Vorschläge für Verbesserungen vor.

BA-Chef Weise will die Asylverfahren endlich beschleunigen und lässt derzeit Mitarbeiter im Schnellverfahren ausbilden. Sein Ziel ist es, die Verfahrensdauer auf durchschnittlich drei Monate zu drücken. Bei 2/3 der Anträge könne es sogar noch schneller gehen.

Bis zum Februar 2016 soll die Flüchtlingskarte eingeführt werden. Damit bekommt jeder Flüchtling eine Identität. Egal wo die Menschen ankommen, sei es in den Kommunen, bei der Bundespolizei oder in Erstaufnahme-Einrichtungen, werden sie mit Fingerabdruck und Daten registriert. Damit wäre dann endlich Rechtsstaatlichkeit und Steuerung möglich, gleichzeitig könnte auch Missbrauchsfällen vorgebeugt werden.

Das BAMF sei im Hinblick auf Koordinierung und IT schlecht aufgestellt gewesen, aber nach Weises Plan sollen die Mängel bis Anfang 2016 behoben sein. Zudem habe er jetzt eine motivierte „Mannschaft“ zusammengestellt. Die Verzahnung mit der Bundesagentur für Arbeit sei hilfreich und könne dazu dienen, Flüchtlinge, die bleiben dürfen, schneller in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Wichtige Klarstellung

Über seine eigene Behörde, die Bundesagentur für Arbeit, sei er etwas verärgert, weil diese verkündet habe, 80 Prozent der Flüchtlinge seien nicht arbeitsfähig. Dies stimme jedoch nicht, sondern liege nur daran, dass es ein Standard-Formular gebe, wo gefragt werde: „Haben sie eine duale Ausbildung?“ Dies werde natürlich mit nein angekreuzt, weil es in anderen

Ländern keine duale Ausbildung gibt. Andere Berufsausbildungen und sogar Akademiker fielen damit raus. Auch dies werde er selbstverständlich ändern.

Industrie 4.0

Mit dem Schlagwort Industrie 4.0 wird die Digitalisierung und Vernetzung von Produktionsprozessen und Wertschöpfungsketten der Industrieproduktion bezeichnet. Die umfassende Digitalisierung unserer Wirtschaft verändert Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle substantiell.

In dieser Woche verabschiedeten die Koalitionsfraktionen von SPD und Union einen [Antrag](#), in dem Herausforderungen und Maßnahmen benannt werden, die die Entwicklung hin zur Industrie 4.0 begleiten, fördern und gestalten.

Fest steht, dass es sowohl positive, als auch negative Effekte geben wird. Jeder industrielle Strukturwandel brachte dies mit sich. Die Welt in der wir arbeiten und leben wird sich maßgeblich verändern und die Aufgabe der Politik ist es, der Industrie bei diesem Strukturwandel helfend, begleitend und in manchen Fällen auch regulierend zur Seite zu stehen.

Die großen Player, wie zum Beispiel Siemens und Co, sind bereits auf einem sehr guten Weg, was die Digitalisierung der Produktionsketten angeht. Das „Sorgenkind“ wird eher der breit aufgestellte und sehr erfolgreiche deutsche Mittelstand sein. Die Politik muss deshalb die Säule unserer Industrie -den deutschen Mittelstand- unterstützen und fördern, indem sie die passenden sozialen und politischen Rahmenbedingungen schafft.

Das bezieht sich zum Beispiel auf den Rechtsrahmen: Industrie 4.0 darf nicht auf Recht 3.0 treffen! Hier ist gerade mit Blick auf die Datensicherheit und vor allem auf die Datensouveränität noch einiges zu tun.

Am wichtigsten ist aber, dass die Politik die dazu passende digitale Infrastruktur bereitstellt. Der flächendeckende Breitbandausbau wird hier auf Dauer nicht reichen und kann nur eine erste Stufe sein. Wir müssen gewährleisten, dass die Unternehmen auf eine zuverlässige und vor allem moderne digitale Infrastruktur bauen können. Denn: Diese Struktursicherheit und diese Wettbewerbsbedingungen entscheiden darüber, ob ein Unternehmen in Deutschland bleibt.

Wir stehen vor einer industriellen Wende, Veränderungen in dieser Größenordnung können Angst machen. Doch wir haben keinen Grund verängstigt zu sein! Denn: Deutschland ist gut darin, Bestehendes in Neues einzubauen, das ist unsere Stärke. Auch ist es unsere Stärke, dass wir nicht nur Entwickler von neuen Technologien sind, sondern auch durch unsere breite und gute Aufstellung im Bereich des Maschinenbaus mit unseren Firmen diejenigen sind, die weltweit Innovationen entwickeln und ausstatten. Das heißt, wir profitieren zweifach, erstens von unseren eigenen Innovationen und zweitens auch davon, dass andere Länder unsere Technik benötigen, um ihre eigenen Produktionsweisen zu erneuern.

Der ewige Blick in das Silicon Valley und unsere Kritik an uns selbst, wir seien nicht schnell genug im Innovationsbereich, trifft deshalb auch nur teilweise zu. Es ist wie immer im Leben, wir müssen aufhören, uns durch den Vergleich einschüchtern zu lassen und uns auf unsere Stärken konzentrieren, dann werden wir gut aufgestellt sein. Wir dürfen nicht alles nachahmen, sondern einen eigenen, zu unserer deutschen Industrie und Wirtschaft passenden Weg, finden.



60 Jahre Bundeswehr und 25 Jahre „Armee der Einheit“

Der Große Zapfenstreich ist die höchste Form der militärischen Ehrenbezeugung, die nur selten aufgeführt wird. In dieser Woche fand der Große Zapfenstreich der Bundeswehr vor dem Reichstagsgebäude auf dem „Platz der Republik“ statt. Mit Fackeln und Musik werden sonst Bundespräsidenten und Bundeskanzler aus dem Amt verabschiedet. Der besondere Anlass war dieses Mal jedoch „60 Jahre Bundeswehr“ und „25 Jahre „Armee der Einheit“.

Vor geladenen Gästen, Mitgliedern des Bundestages und etwa 500 Soldaten sprachen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Bundestagspräsident Norbert Lammert. Beide hoben die besondere Stellung der Bundeswehr als Parlamentsarmee hervor, eine Stellung, die weltweit einzigartig ist.

Die beeindruckende Veranstaltung stand ganz im Gegensatz zum 12. November 1955, dem Tag der Gründung der Bundeswehr vor 60 Jahren. In Bonn wurden die ersten 101 Freiwilligen zu Soldaten ernannt und vereidigt. Damals dienten die deutschen Streitkräfte ausschließlich der Verteidigung des Bundesgebiets. Kampfeinsätze außerhalb des Bündnisgebiets der NATO waren ausgeschlossen. Trotzdem war die Gründung der Bundeswehr 10 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs in weiten Teilen der Gesellschaft hochumstritten. Ab 1. April 1956 erhielt sie den Namen „Bundeswehr“ und ab Juli den Status einer Wehrpflichtarmee. Sie definierte sich hauptsächlich durch den Kalten Krieg und die Bedrohung durch den Warschauer Pakt.

Nach dem Fall der Mauer veränderte sich die Bundeswehr grundlegend. Eine besondere Herausforderung war dabei die Zusammenführung zweier Armeen.

1990 fand der erste Auslandseinsatz der deutschen Marine im Mittelmeer und im Persischen Golf unter dem Dach der NATO statt, gefolgt durch den Einsatz von Sanitätern in Kambodscha unter dem Dach der Vereinten Nationen.

Eine Zäsur stellte das sog. „Out-of-area“ Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 dar. Seitdem kann die Bundeswehr an Kampfeinsätzen auch außerhalb des NATO Gebiets teilnehmen. Allerdings muss der Deutsche Bundestag jeweils dem Einsatz der Bundeswehr zustimmen. Zum ersten Mal nahmen deutsche Soldaten 1999 im Kosovo an einem Kampfeinsatz teil. Damit änderte sich das Bild der Bundeswehr und auch ihr Selbstverständnis grundlegend. Sie ist in den Folgejahren immer mehr zu einer „Armee im Einsatz“ geworden.

In den vergangenen 60 Jahren hat die Bundeswehr hohe Anerkennung in der deutschen Gesellschaft erfahren. Sie hat das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt und die Soldaten konnten sich in den vergangenen 60 Jahren auf die Unterstützung durch das Parlament und die Regierung ebenso verlassen. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt sprach anlässlich eines Großen Zapfenstreichs in 2008 zu den Soldaten: „Ihr könnt Euch darauf verlassen, dieser Staat wird euch nicht missbrauchen“. Das gilt bis heute.

Ganzheitliches Verständnis von Pflege

An diesem Freitag ist das [Pfleigestärkungsgesetz II](#) beschlossen worden und soll zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Es wird den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definieren und grundlegende Verbesserungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte bringen.

Insgesamt stehen so ab 2017 jährlich 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Pflege zur Verfügung. Schon das Pflegestärkungsgesetz I, das am 1. Januar 2015 in Kraft trat, führte zu einer Steigerung der Leistungen in einem Umfang von 2,4 Milliarden Euro. Davon wurden 1,4 Milliarden in die häusliche und 1 Milliarde in die stationäre Pflege investiert. Insgesamt kommt es so zu einer Erhöhung der Mittel um 25 %, was die größte Aufstockung in der Sozialversicherung darstellt.

Außerdem macht es die finanzielle Situation der Pflegeversicherungen möglich, die Beitragssätze bis in das Jahr 2022 stabil zu halten. Die Einteilung in 3 Pflegestufen, die sich vor allem am zeitlichen Aufwand orientiert hat, wird abgelöst durch eine Einteilung in 5 Pflegegrade. Sie dienen dazu festzustellen, wie selbstständig eine Person in ihrem Leben zurechtkommt. Eine solche Herangehensweise, stärkt das, was Pflegebedürftige noch tun können und legt nicht den Fokus auf deren körperliche Gebrechen. Dies hat den großen Vorteil, dass nicht mehr nur somatische Beschwerden in eine pflegerische Versorgung mit einbezogen werden, sondern auch den Alltag einschränkende Krankheiten wie Demenz sowie psychische Erkrankungen. Pflegebedürftige mit solchen Erkrankungen, erhielten bisher keine Pflegestufe und waren gegenüber körperlich zu pflegenden Menschen benachteiligt.

Durch die Ablösung der Pflegestufe durch Pflegegrade wollen wir eine ganzheitliche Pflege ermöglichen, die über eine Betreuung nach dem Motto „satt und sauber“ hinausgeht und sich auch mit den Menschen über ihre natürlichen Bedürfnisse hinaus beschäftigt. Dies bezieht sich vor allem auf die psychosoziale Versorgung, um so eine individuellere Versorgung des Pflegebedürftigen zu ermöglichen.

Das Wohnumfeld der Pflegebedürftigen soll angepasst werden, sodass 500.000 Menschen von einer häuslichen Betreuung profitieren könnten. Dies geht einher mit einer vorbeugenden Pflege, welche einen stationären Aufenthalt verhindern soll. Hierbei sollen Familienangehörige stärker in die häusliche Pflege mit eingebunden werden, was unter anderem durch eine einfachere Anerkennung der Rentenansprüche der Pflegenden erreicht werden soll. Außerdem soll durch einen einheitlichen Eigenanteil für alle Pflegegrade auch Geringverdienern der Zugang zu einem höheren Pflegegrad erleichtert werden, was oft zwar medizinisch notwendig, für die Betroffenen aber bisher nicht bezahlbar war.

Aufklärung in der NSU-Mordserie geht weiter

An diesem Mittwoch wurde die Einsetzung eines 2. NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, mit den Stimmen aller im Parlament vertretenen Fraktionen, einstimmig beschlossen.

In der letzten Legislaturperiode gab es bereits einen ersten NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag, damals wurden im Verlauf viele Fehler der Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Daraufhin stellte der Ausschuss Maßnahmen vor, wie in Zukunft eine derartige Verkettung von Fehlern besser vermieden werden kann. Diese Maßnahmen wurden zum größten Teil bereits umgesetzt.

Der neue Ausschuss soll sich nun mit den aktuellen Informationen, die aus den in den Länderparlamenten eingesetzten Untersuchungsausschüssen zutage gefördert wurden, beschäftigen. Auch im hessischen Untersuchungsausschuss traten Ungereimtheiten auf, denen dringend weiter nachgegangen werden muss. Insbesondere der Mord in Kassel wirft weiterhin viele Fragen auf.

Im zweiten NSU-Untersuchungsausschuss sollen vor allem Fragen rund um die Rolle der V-Männer im Fokus stehen, zum Beispiel, ob es V-Männer gab, die den Aufenthaltsort des Trios Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt kannten. Auch soll geklärt werden, ob es wirklich ein Trio war, oder ob man von einem größeren Netzwerk ausgehen muss. Des Weiteren wird im NSU-Prozess in München eine Aussage von Beate Zschäpe erwartet, die völlig neue Erkenntnisse bringen könnte, welche dann sorgfältig untersucht werden müssten. Der Ausschuss wird am 25. November diesen Jahres seine Arbeit aufnehmen.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia